

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

213 (14.9.1927) Badische Kultur und Geschichte

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 37

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 213

14. September 1927

Rieneck, ein verschwundenes badisches Diebesdorf

Von W. Sigmund.

Die großen Ausgaben des verschwenderischen kurpfälzischen Hofes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zwangen die Amtleute zur Erschließung neuer Einnahmequellen. Dabei geriet man 1787 auch auf den Einfall, in der Nähe von Krummbach und Muckental im Odenwald, dem höchsten Rücken eines schlecht bewaldeten Höhenzugs abzuholzen, umzuroden und diesen Boden zur Anlage einer Siedlung zu bestimmen. Die Bedingungen zur Ansiedlung in dieser neuen Kolonie waren äußerst verlockend: ein Saß Safer, einige Zentner Senf usw. an den Keller (Amtmann) bildeten das Entgelt für die Bebauung des überlassenen Bodens, und in Scharen kamen heimatlose Leute, um hier ihr Glück zu versuchen, nach den Entbehrungen der vergangenen Hungerjahre.

Umsonst warteten die Bauern der Umgegend vor diesem gewagten Experiment. Sie kannten die überaus schlechte Beschaffenheit des Bodens der ehemaligen Wüstung, der selbst bei bester Bebauung den Eigentümer und seine Familie nur ein halbes Jahr ernähren konnte, und was die Nachbarn prophezeit hatten, traf ein. Bald mußten die Kolonisten zur Fröstung ihres Lebens außerhalb Arbeit suchen, was ihnen bei der damaligen Armut jener Gegend um den Winterhauch äußerst schwer fiel, und mit Korbmachern, Kesselflickern, Vogelfängern, Maulwurfsjägern und ähnlichen Sanktionen vermochten sie das Brot für sich und ihre Familie nicht zu erwerben.

Sunger tut weh! In Scharen wanderten Männer, Weiber und Kinder durch die nähere und weitere Umgebung, trugen ihre Bettelstühle auf dem Rücken und Klopfen an alle Türen. Man gab ihnen, nur um sie los zu werden; das Betteln aber wurde zur Gewohnheit, die Lust zu ernster Arbeit schwand dahin, damit auch der Unterschied zwischen Mein und Dein. Waldbesitz hatte die neue Kolonie nicht, ihre Einwohner besaßen auch kein Geld, solchen zu kaufen; doch die Waldungen der benachbarten Gemeinden und des reichen Fürsten von Leiningen befanden sich in gutem Zustande. Dort holte man, was man bedurfte, zuerst heimlich, dann offen. Mitunter zog die ganze männliche Bevölkerung geschloffen, mit Äxten und Beilen bewaffnet, in die Wälder, die Waldbüter ergriffen die Flucht, die Herren von Rieneck — so hieß die Siedlung — behaupteten als Sieger das Feld. In einem Jahr schuldeten sie 799 Gulden Strafe aus Fortstreckel an die Leiningische Forstkasse; sie wurde nie bezahlt, lieber ließ sich der Übeltäter einsperren, da gab's wenigstens Essen und eine warme Stube.

Auch nach der Vereinigung der Kurpfalz mit Baden änderte sich nichts an den Verhältnissen, leisteten doch die ganzen Kriegswirren um die Wende des 18. Jahrhunderts dem Treiben der Rienecker noch Vorschub. Große Aktenstapel im Generallandesarchiv geben der Nachwelt Kunde von der Schreckensherrschaft der Rienecker. Von den Äckern der Bauern der Umgegend trugen sie die gebundenen Garben nach Hause, fremde Kartoffelacker lieferten ihnen die schmackhaften Knollen, aus den Ställen stahlen sie Vieh, trieben von weit her gestohlene Ochsen der Heimat zu, wo jeder neue Gang mit Jubel begrüßt wurde, aus den Klauensängen der Bauern verschwanden in der Nacht Würste und Schinken, frische Schlachtungen kundschafteten sie in weiten Entfernungen aus, und auf dem Langfingerleshof, wie Rieneck im Volksmund hieß, lebte es sich herrlich und in Freuden. Freilich nicht alle Tage. Ein Dekanatsbericht zählt die Schule zu den besten des Bezirks, wenn auch die Kinder oft wochenlang wegen Bettelns fehlten. Die Gemeindefasse verlangte keine Verwaltung, weil nie etwas darin war. Wolle, Garn, Tuch, Faden und Nadeln für den Handarbeitsunterricht der Mädchen mußten vom Amt gestellt werden.

Lag die Schuld allein an den Bewohnern, wenn es ihnen so schlecht ging? Gewiß nicht. Der kärgliche Boden lieferte ihnen ihr tägliches Brot nicht, Verdienstmöglichkeit nach heutigen Begriffen war bei den schlechtesten Verhältnissen und dem Fehlen jeglicher Industrie kaum vorhanden. Backnäpfe, Körbe und Besen fertigten sich die gleichfalls nicht mit Glücksgütern gesegneten Bewohner der Nachbarschaft selbst an; von einem Wegzug der Rienecker konnte bei dem damaligen Verbot der Freizügigkeit keine Rede sein. Wenn auch allerlei Gesindel dort einen willkommenen Unterschlupf fand, so verurteilte mancher einsichtige Bürger dieses unmoralische Treiben. „Die Lage ist verzweifelt“, schreibt der Gemeinderat 1837, „und es ist nicht anzusehen, wie die armen Kinder, von aller Kleidung entblößt, zur Wintersonne der Kälte ausgefetzt, händeringend nach Brot sich sehnen, um Hilfe stehen, ohne daß ihnen die mindeste

Aussicht eröffnet werden kann, solches zu bekommen.“ Schon 1833 meldet das Bezirksamt, „daß die Gemeinde auf dem überfüllten und undankbaren Boden der Mittel zur eigenen Existenz entbehrt, die Verschlechterung der Bevölkerung das böse Beispiel vermehrt, und der den Nachbargemeinden zugesetzt werdende Schaden mit jedem Tage zunimmt.“ Hat doch die Leiningische Forstverwaltung einen Wald von 200 Morgen fahl abholzen lassen, um wenigstens noch zu retten, was zu retten ist, und weil das Forstpersonal sich weigert, in dem Walde Dienst zu tun, da es ständig im Kampf auf Leben und Tod mit den Forstfressern und Wilddieben steht. Was an Gemüse und Feldfrüchten auf den Äckern der Nachbarschaft steht, holen sich die Rienecker in ganz frecher Weise, so daß durch die totale Verwilderung, die Armut und den Diebstahl der Einwohnerschaft nicht nur diese selbst, sondern auch die Bevölkerung der Nachbarorte dem Untergang entgegengeht. Müßten die vom Bezirksamt und den Gerichten auszusprechenden Strafen alle abgesehnen und durch Schanzarbeiten gebüßt werden, so würde es bald an den nötigen Schanzarbeiten mangeln; zudem hätte der Staat dauernd die Weiber und Kinder zu verköstigen und zu versorgen.“

So war das Dorf Rieneck — nämlich Neu-Rieneck mit seinen 199 Morgen unfruchtbareren Feldes bei einer Einwohnerzahl von 410 Köpfen — der Schrecken des Landes geworden, so daß die zuständigen Ämter keinen anderen Ausweg mehr wußten, als dem Ministerium die Verbringung der gesamten Einwohnerschaft nach Nordamerika auf Staatskosten zu empfehlen. War auch ein Teil der männlichen Bevölkerung bei den Festungsbauten in Ostast und den Eisenbahnbauten tätig, so ist anzunehmen, daß diese den damals fargen Wochenlohn für sich verbrauchten und ihre Frauen und Kinder daheim darben ließen, oder es fehlte ihnen zu einer geregelten, dauernden Arbeit die nötige Willenskraft. Kurz und gut; die Klagen dauerten an, der Vorschlag zur zwangsweisen Auswanderung fand immer größere Gegenliebe, zumal in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts ganze Scharen aus allen Dörfern des Landes ihre Heimat verließen, um jenseits des Ozeans ihr Glück zu versuchen. Doch bei Rieneck lag die Sache nicht so einfach, da es sich darum handelte, von sämtlichen Einwohnern die Zustimmung zu erlangen, damit das Räuber- und Diebesnest dem Erdboden gleichgemacht werden konnte. Die Akten geben über die langwierigen Verhandlungen mit einigen hartnäckigen Dickhäuteln Auskunft, die möglichst viel herauszuschlagen suchten. So froh die Nachbargemeinden gewesen wären, ihre lieben Rienecker jenseits des Wassers zu wissen, so stieß der Vorschlag des Ministeriums, die Dorfschaften mößten zur Bestreitung der Auswanderungskosten Beiträge leisten, auf wenig Gegenliebe; von den etwa 20 Dörfern leistete nur Muckental 500 Gulden, Rittersbach 150 Gulden Zuschuß.

Am 15. August 1849 konnte das Ministerium mitteilen, daß der erforderliche Kredit zur Verbringung der Rienecker nach Nordamerika zur Bestreitung der Verpflegung auf dem Schiff, zur Aushändigung einer entsprechenden Summe Geldes durch den Konsul bei der Ankunft in Amerika zum Ankauf von Ländereien und Ackergeräten bewilligt sei und demnach der Abtransport vor sich gehen könne. Nun setzte eine große Auktion in Rieneck ein. Das Dorf wurde nicht leer von Händlern und Käufern, welche den Auswanderungslustigen ihre wenige und schlechte Habe abhandeln, während andere Bieneninhaber Anzüge, Stiefel, Mäntel und alle möglichen anderen Dinge anpriesen, zur bequemeren Reise in den beginnenden Wintermonaten.

Die in den Nachbardörfern amtlich requirierten Leiterwagen zur Verbringung der Auswanderer und ihrer Habeigkeiten an das Transportschiff in Eberbach (nach Mannheim) reichten nicht aus, als am letzten Sonntag des September 1849 der erste Transport seine Reise antrat. Was Fülle hatte, lief aus den Nachbardörfern herbei, um sich den Auszug anzusehen, der unter starker Bedeckung durch Gendarmen vor sich ging, die bereits vorher zur Verhütung von Gewalttaten durch die Auswandernden in Wald und Feld und Dorf zur Dienstleistung kommandiert war. Am 11. Mai 1850 folgten die übrigen Rienecker. Interessant ist eine Meldung des Bezirksamts an das Ministerium: Auf dem verlassenen Rieneck haben wir drei Gendarmen zurückgelassen bis nach erfolgter Versteigerung der Liegenschaften, indem die Einwohner der Nachbarorte, welche den Rieneckern selbst wenig nachstehen, sich beigegeben lassen, Schlösser, Fenster, Türen und anderes Holzwerk in den verlassenen Häusern zu entwenden.

Am 27. Juni waren die letzten Rienecker abgereist, da sich diese in vorsichtiger Weise ausbedungen hatten, erst dann auszuwandern, wenn die anderen von drüben günstige Nachrichten schickten. Nur einige wenige folgten den Lokungen nicht; sie fanden in Hohenheim, Schwellingen, Reibensdorf usw. Unterkunft, von wo eine Art Austausch stattgefunden hatte; statt ihrer dürften Auswanderer aus diesen Orten an dem großen Transport teilnehmen. Auch der Volkshaushof bei Adelsheim

und Ferdinandsdorf schickten um jene Zeit große Truppen den Weg zu Wasser von Eberbach per Schiff nach Mannheim und von da über Bremen nach Amerika.

Einer Gruppe von Interessenten muß hier Erwähnung getan werden, das sind die Hypothekengläubiger, die in der Zerstörung und dem Abbruch der Häuser, besser gesagt Hütten, eine ungesetzliche Maßnahme des Staates erblickten. Doch auch sie fanden Berücksichtigung ihrer Wünsche, und dann kamen die Rienecker Baulichkeiten unter den Hammer. Viel wurde daraus nicht erlöst, mußte doch selbst die Steigerungssumme für das Schulhaus mit 90 Gulden genehmigt werden.

Wahrheit und Dichtung über die Diebsgelüste der Rienecker liegen nahe beisammen. Was wir hier anführten, ist den Akten des Generallandesarchivs entnommen. In der Gegend des Winterhauchs, der Heimat der Rienecker, aber gehen heute noch die abenteuerlichsten Geschichten um, die teilweise (aus früheren Jahren) mit den Taten des Räuberhauptmanns Schinderhannes und seiner Genossen in Verbindung gebracht werden. Daß solche Beziehungen bestanden haben, ist sehr glaubhaft.

Heute besitzt der Name Rieneck einen besseren Klang. Auf Alt-Rieneck mit ertragreichem Boden befindet sich eine Saatgutanstalt und Musterwirtschaft der Familie Scipio aus Mannheim, und wer von einer der Stationen Trienz, Koblenz, Krummbach an der Strecke der Mosbach-Mudauer Bahn aus nach dem heutigen Rieneck seine Schritte lenkt, findet dort musterhaften landwirtschaftlichen Betrieb. Von dem „Langfingerleshof“ der übel berüchtigten Rienecker aber ist keine Spur mehr vorhanden; das Dorf mit 82 Familien und 410 Seelen ist verschwunden.

Ein Hebeltrunk in Schwellingen

Beim Abschiedstrunk der im vorigen Jahre, dank auch der Beteiligung aus dem Oberlande, so schön verlaufenen Hebelfeier in Schwellingen wurde der Vorschlag gemacht, diese Erinnerung durch eine Zusammenkunft in diesem Jahre festzuhalten, ähnlich etwa wie es seit 17 Jahren im Oberlande in Hertingen beim Hebeltrinken geschieht. — Das soll nun — wie uns geschrieben wird — geschehen, und es werden sich demgemäß die Unterländer Hebeltrinker, und zu unserer großen Freude auch wieder fröhliche Menschenkinder aus dem Markgräfler Land, am Sonntag, den 25. September (der 22. ist Hebel's Todestag) von 4 Uhr an in Schwellingen zusammenfinden, um im Hirschen, bei einem gemütlich-fröhlichen Hebeltrunk die Erinnerung an unseren alemannischen Dichter und Volkserzähler wach zu halten, alte Erinnerungen auszutauschen, neue Bekanntschaften anzuknüpfen und alte Freundschaften zu erneuern. Es wird sich dabei dann von selbst ergeben, ob dieser Hebeltrunk künftig alljährlich wiederholt werden kann, und ob sich auch in unserer Gegend eine Art Hebelgemeinde bilden wird.

51. Jahresversammlung des Bodensee-Geschichtsvereins

Der Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung hat seine Tagung in Ravensburg gehalten. Der Präsident des Vereins, Stadtrath und Kunstmaler Metzger, Alerlingen, leitete die Mitgliederversammlung. Er gab die Abtretung des Vereinsmuseums an die Stadt Friedrichshafen bekannt. Mit der Kaufsumme will man Forschungen unterstützen und Mitteln ansammeln für ein vielleicht später zu errichtendes Bodenseemuseum. Das Geldvermögen beträgt 3500 M. Die Zahl der Mitglieder ist von 1144 auf 1028 zurückgegangen. Die nächstjährige Versammlung findet in Adelszell statt. Den ersten Vortrag hielt Studienrat Dr. Dreher, Ravensburg, über die Hauspolitik Kaiser Maximilians I. im südlichen Schwaben und die Austrittsbereitungen der Bodenseestädte aus dem Schwäbischen Bunde. Der zweite Redner, Oberreallehrer Dr. Bertsch, Ravensburg, sprach über den Getreidebau Oberschwabens in vorgegeschichtlicher Zeit.

Eine Kulturtat ersten Ranges

Die Reisezeit, die auch die Hauptzeit der Reisezeitung ist, brachte auch in diesem Jahre eine große Anzahl von Berichten und Schilderungen über die badische Heimat und ihre verschiedenen Kur- und Erholungsgebiete. In einem in der letzten Zeit erschienenen Artikel im „Rasseler Tageblatt“ werden die Reiseindrücke von einer „Wanderung im Schwarzwald und am Bodensee“ geschildert, die die Vorfälle und Reize des Gebietes von Baden-Baden über Freiburg nach Konstanz hervortreten lassen. Der Verfasser dieses Aufsatzes, Dr. Hans Oppenheimer, gedenkt hierbei besonders der Leistungen des Schwarzwaldvereins im Interesse des Fremdenverkehrs, mit denen er es dem Reisepublikum ermöglicht hat, die Romantik des Schwarzwaldes Höhenbereichs zu genießen. Der Verfasser nennt die Arbeit des Schwarzwaldvereins eine „Kulturtat ersten Ranges“ — eine Behauptung, die sicher nicht zu hoch geschraubt ist. Von den musterhaften Beganlagen wird besonders der Jägerpfad durch das Hölental erwähnt.

Weinbau und Weinbrände in Baden

Der Landesverein Badische Heimat hat das nächste Heft seiner Zeitschrift „Mein Heimatland“ ausschließlich auf „Weinbau und Weinbrände in Baden“ eingestellt. Es ist eine außerordentlich stattliche Veröffentlichung zu erwarten, die zahlreiche Abbildungen bringt, u. a. auch einen interessanten unversehrten Hans Thoma-Brief.

Freidial-Badische Vereinigung für Heimatkunde und Heimatpflege. In der in Steinen am Rhein abgehaltenen Vorstandssitzung der Freidial-Badischen Vereinigung für Heimatkunde und Heimatpflege wurde beschlossen, die nächste Jahresversammlung in Rheinfelden (Baden) abzuhalten, und zwar am 30. Oktober im Oberheimschen Hof. Im Rahmen der Tagung ist ein Lichtbildvortrag des Großrats Ernst Frey aus Kaiserstuhl über die Ausgrabungen der ehemaligen römischen Stadt Augusta Raucorum vorgesehen.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 37

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B. bezogen werden.

14. September 1927

Zur Magdeburger Rede des Reichsfinanzministers

Am vergangenen Sonntag war in der Stadthalle zu Magdeburg eine öffentliche Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes anberaumt. Sie schloß sich an den Tags zuvor abgehaltenen Mitteldeutschen Beamtenkongress an und erhielt ihre besondere Note durch das Erscheinen des Reichsfinanzministers und dessen in den Blättern bereits angekündigte Rede über die Grundzüge der neuen Besoldungsreform.

Was Dr. Köhler bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck brachte, geht weit über den Rahmen des eigentlichen Themas hinaus. Seine Darlegungen können nicht bloß als Erläuterung des in den nächsten Tagen dem Reichstag vorzulegenden Reformwerks gelten, sie dürfen als ein fest umrissenes Bekenntnis der Republik zum Berufsbeamtentum gewertet werden.

Seitdem kommt es weniger darauf an, in theoretischen Auseinandersetzungen sich immer wieder des langen und breiten über das Verhältnis von Staatsrecht, Beamtenrecht und Arbeiterrecht zu unterhalten und an hand solcher Abhandlungen die gebotene Stellungnahme von Regierung, Volksvertretung und Parteien über die Frage der Erhaltung des Berufsbeamtentums zu erörtern, heute gilt es nicht mit Worten, sondern durch die Tat zu zeigen, daß zur Erhaltung eines freien, aufrechten Beamtentums von Seiten des Staates etwas geschehen muß. Darum dankt die deutsche Beamtenschaft dem Reichsfinanzminister für die ungeschminkte, den tatsächlichen Verhältnissen durchaus gerecht werdende Kennzeichnung der Lage, in die sie unter den Entwicklungen der letzten zehn Jahre geraten ist.

Wer an den Warnungszeichen, die in den gegen die Vorkriegszeit nicht gekannten, zahllosen Unterhaltungsgefechten und den zwischenzeitlich auf dem Weg von Kostandschwelgen getroffenen Maßnahmen sich ausbilden, an den aus den Statistiken und Zahlen der Beamtenbanken über den Grad der Verschuldung nach und nach unterbreiteten Mitteilungen und gar an den vom Reichsfinanzminister in diesem Zusammenhang erwähnten heftigsten Umständen über in den letzten Jahren notwendigen Disziplinarverfahren vorübergehen wollte, ohne sich bemüht zu werden, was hier bei einem Heer von Millionen Menschen einschließlich ihrer Angehörigen auch für den Staat auf dem Spiele steht, der könnte namentlich in leitender Regierungstellung auf Verantwortungsbewußtsein nicht mehr abheben. Aus solcher Erkenntnis heraus resultiert die unzweideutige Betonung

der Notwendigkeit einer Verbesserung der Besoldungs-
ordnung.

ja die Bezeichnung derselben als eine Staatsnotwendigkeit.

Es ist begreiflich, daß die Ausführungen des Ministers gerade in dieser Richtung und nach einer Periode schweren Dingsens der Beamtenschaft um die Anerkennung ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage inmitten zahlreicher bewußter und unbewußter Anfeindungen aus anderen Lagern in der von rund 7000 Teilnehmern gefüllten Magdeburger Stadthalle ein stürmisches Echo gefunden hat. Die Beamtenschaft glaubt daraus zu erkennen, daß in den maßgebenden Kreisen überhaupt das Verständnis für die Besserung ihrer Verhältnisse weiteren Raum gewonnen und einer ehemals anders gearteten Einstellung Platz gemacht hat.

Was aber für große Teile unseres Volkes, insbesondere jener Schichten, die nicht zum Beamtentum zählen, bedeutsam sein und bleiben muß, das ist die Herabsetzung der Tafel, die in dem Satz des Reichsfinanzministers liegt, wenn er sagt:

Die vorgeschlagene Besoldungsregelung zieht keinerlei Erhöhung der Steuern nach sich.

Es zeigt von einer die Dinge kühl und sachlich abwägenden Beurteilung des ganzen seit Jahren schwebenden Besoldungsproblems, mit einer — wenigstens für die gegenwärtigen Verhältnisse — befriedigenden Lösung erst hervorzutreten, wenn auch die Deckungsfrage nach Abgabe der finanziellen Kräfte des Reiches als gelöst gelten kann und zwar ohne die Staatsbürger. Einschränkung in der Ausgabegebung des Reiches und reichliches Fließen der Steuereinnahmen haben es ermöglicht, endlich in wirksamer und zugleich den Steuerzahler schonender Weise diese Reform ins Werk zu setzen.

Endlich darf nicht übersehen werden der ernste Appell an die deutsche Volkswirtschaft,

die Erhöhung der Beamtenbezüge nicht zu einer Erhöhung des Preisniveaus zu benutzen. Bei dieser Gelegenheit wird vom Minister ein Eingreifen des Reiches in Aussicht gestellt, falls sich verhängnisvolle Wirkungen auf die Konjunkturbewegung und das allgemeine Wirtschaftsleben zeigen sollten. Auf die Einzelheiten wegen des

Aufbaues der einzelnen Besoldungsgruppen

eingugehen, muß einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben, da die bisherigen Verlautbarungen hierüber ein abschließendes Urteil nicht gestatten, überdies im gegenwärtigen Stadium der Dinge eine die Struktur des neuen Tarifs in erschöpfender Weise behandelnde Besprechung untunlich ist. (Der in einzelnen Blättern bereits veröffentlichte Besoldungstarif kann als authentische Wiedergabe des geplanten Entwurfs nicht angesehen werden.)

Von den Beamtinnen der Reichspost

Durch Ministerialerlaß war bestimmt worden, daß bei den größeren Oberpostdirektionen fortan in der Dienststelle, in der die Personalangelegenheiten der weiblichen Beamten bearbeitet werden, möglichst eine erfahrene Beamtin der Besoldungsgruppe VI zu beschäftigen ist. Diese Beamtin sollte auch zur Bearbeitung sonstiger Angelegenheiten, bei deren Erledigung die Mitwirkung eines weiblichen Beamten angebracht ist, herangezogen werden.

Infolge aufgetretener Schwierigkeiten sah sich das Ministerium gezwungen, in einem neuerlichen Erlass darauf hinzuweisen, daß diese Beamtin hauptsächlich dazu da ist, in Fällen, in denen es auf die richtige Beurteilung der besonderen Eigenschaften der weiblichen Persönlichkeit ankommt, eine erfahrene weibliche Kraft bei der Behandlung der Sache zu beteiligen. Entscheidend für die Auswahl der Beamtin muß allein die dienstliche Eignung sein; die Betätigung in der Organisation usw. soll kein grundsätzliches Hindernis, aber auch keinen Grund zur Bevorzugung bilden.

Durch geeignete Verteilung der Dienstgeschäfte ist Vorkehrung zu treffen, daß sich die Regelung ohne Verkürzung eines beachtlichen männlichen Beamtens durchführt läßt. Die Verletzung eines solchen zu einem Verkehrsamt aus diesem Anlaß ist nach Möglichkeit zu vermeiden.

Einberufung von Versorgungswärtern

Nach Mitteilung des Reichswehrministers wird von den Wirtschaftskreisen immer wieder Klage darüber geführt, daß Versorgungswärter, die in Privatbetrieben Beschäftigung gefunden haben, mit so kurzer Frist von den Behörden einberufen werden, daß sie ihre Stellungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, teilweise sogar unmittelbar nach Empfang der Einberufungsschreiben, verlassen müssen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weiß deshalb der Kultusminister auf einen früheren Kundenerlaß hin, in dem er es als dringend erwünscht bezeichnet hat, bei der Einberufung von Versorgungswärtern auf deren vertragliche Verpflichtung zur Einhaltung der Kündigungsfrist möglichst Rücksicht zu nehmen.

Verdiente Anerkennung

Nach einem Bericht der „Steuerwart“ aus der Reichstagsabgeordnete Holzger der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ in einer Versammlung zu Neufahrn in heftiger Art gegen bestimmte, von ihm namentlich genannte Steuerbeamte los, worüber sich der „Bund Deutscher Reichstagsbeamteter beim Reichsfinanzministerium beschwerte. Der Herr Reichsfinanzminister hat die Beschwerde wie folgt beantwortet:

„Auf das Schreiben vom 31. März 1927 beehre ich mich zu erwidern:

Auch ich bin der Auffassung, daß die von dem Herrn Reichstagsabgeordneten Holzger gegen die Reichsfinanzverwaltung erhobenen Vorwürfe und seine gegen einzelne Beamten zum Teil unter Namensnennung gerichteten Angriffe sachlich unbegründet und in der Form so beleidigend sind, daß in ihnen eine objektive Würdigung des Sachverhalts nicht mehr erblickt werden kann. Ich habe Gelegenheit genommen, die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, der der Herr Reichstagsabgeordnete Holzger angehört, von dieser Auffassung in Kenntnis zu setzen.

1 Mark = 60 Pfennig

Bei der Behandlung der Posttarif-Novelle im Verwaltungsrat der Reichspost legte Dr. Schödel am 19. Mai dar, welche Gründe ihn zu der geplanten Gebührenerhöhung zwängen. Er behauptete dabei, daß die Reichspost lediglich nachzuhalten beabsichtige, was alle Kreise der deutschen Wirtschaft längst vollzogen hätten. Die Deutsche Reichspost habe im deutschen Volke nunmehr vier Jahre lang den schönen Traum genährt, daß die Zehnmarknote auch 10 Pf. Wert hätte. Allein, es müßte endlich offen ausgesprochen werden, es war eine objektive Unwahrscheinlichkeit, an der die Deutsche Reichspost nunmehr vier Jahre lang gewirkt hat. Sie mußte ihren gesamten großen Bedarf jenseits, jähren, zu den durchweg erhöhten Preisen der Wirtschaft bezahlen und konnte selbst nur für ihre Leistungen etwa ein Drittel und weniger dieser Ausgaben vereinnahmen. Das sei die letzte Ursache der gegenwärtigen Finanzmisere, in die die Deutsche Reichspost allmählich geraten ist.

Nichtlinien für den Reichsparlamentarier

I. Die Reichsregierung richtet an den Präsidenten des Rechnungshofs des Deutschen Reiches, Staatsminister a. D. Saemisch, das Ersuchen, sie in allen Fragen der zweckmäßigen Gestaltung, Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zu beraten und seine bisherige Tätigkeit als Reichsparlamentarier im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium oder Reichsministerium des Innern je nach Zuständigkeit fortzuführen. Dabei soll nach folgenden Richtlinien verfahren werden:

1. Der Reichsparlamentarier wird durch Gutachten und Vorschläge auf eine zweckmäßige, vereinfachte und wirtschaftliche Gestaltung der Verwaltung und der gesamten Haushaltsführung hingewiesen; dabei wird er sein Augenmerk auch auf die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Reichsverwaltungen und die Entscheidung der Aufgabekreise von Reich, Ländern und Gemeinden richten.

Der Reichsminister der Finanzen und für ihre Ressorts die übrigen Reichsminister werden jeweils besondere Ersuchen an den Reichsparlamentarier richten; es bleibt ihm jedoch unbenommen, jederzeit nach Verständigung mit den Ressortministern auch von sich aus gegenüber der Reichsregierung gutachtliche Äußerungen abzugeben, sowie Vorschläge zu machen und zu deren Vorbereitung die notwendigen Besprechungen mit den Ressorts abzuhalten.

2. Zum Zwecke der Erfüllung dieser Aufgaben ist der Reichsparlamentarier berechtigt, bei den Reichsbehörden in allen Verwaltungszweigen Prüfungen, insbesondere auch detaillierte Besichtigungen, vorzunehmen oder durch sachkundige Beauftragte vornehmen zu lassen. Er hat sich hierzu mit den zuständigen Reichsministern vorher ins Benehmen zu setzen. Die Leiter der Behörden sind verpflichtet, ihm oder seinen Beauftragten jede gewünschte Auskunft zu erteilen und Einsichtnahme zu gestatten, sowie ihm auch sonst in jeder Weise behilflich zu sein. Es können hierzu besondere Beamte bestellt werden, welche dem Reichsparlamentarier oder seinen Beauftragten die erforderlichen Aufschlüsse zu geben oder zu vermitteln haben. Die Präsidenten der Landesfinanzämter werden den Reichsparlamentarier bei seiner Tätigkeit selbst oder durch Beauftragte unterstützen.

Die Reichsministerien werden den Reichsparlamentarier bei organisatorischen oder finanziellen Maßnahmen beteiligen; das Reichsfinanzministerium wird ihn bei der Aufstellung der Haushaltsvorschläge zuziehen.

Die Reichsregierung ermächtigt den Reichsparlamentarier, an die Landesregierungen heranzutreten, um sich über Einrichtungen und Tätigkeit von Landes- und Gemeindebehörden zu unterrichten; er kann auf Wunsch der Landesregierungen entsprechende Prüfungen auch bei den Landesverwaltungen vornehmen.

3. Der Reichsparlamentarier wird zu den Sitzungen des Reichsministeriums für seine Person eingeladen erhalten. Er kann in allen organisatorischen, finanziellen, sowie sonstigen mit seiner Aufgabe in Verbindung stehenden Angelegenheiten Vorschläge stellen. Im Falle seiner Befreiung bedarf die Entsendung eines Vertreters der Zustimmung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei. Er ist befugt, sich an den Sitzungen des Reichstags, des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats oder ihrer Ausschüsse zu beteiligen.

II. Zum Zwecke der Durchführung dieser Aufgaben wird dem Reichsparlamentarier ein Büro beigeordnet, das seinen Sitz in Berlin haben und dessen Haushalt dem des Rechnungshofs des Deutschen Reiches angegliedert werden wird. Die Reichsregierung wird die dazu erforderlichen Planstellen und Mittel im Reichshaushaltsplan für 1927 anfordern. Sollte durch einen Wechsel in der Person des Präsidenten des Rechnungshofs, im Wege gegenseitiger Vereinbarung oder durch Rücktritt des Staatsministers a. D. Saemisch, das eingangs bezeichnete Verhältnis gelöst werden, so treten die mit Planstellen ausgestatteten Beamten des Büros des Reichsparlamentariers zum Reichsfinanzministerium über, soweit sie nicht in anderen Ressorts Verwendung finden. Bis zur Bewilligung des Haushaltsplanes werden die nötigen Beamten in der bisherigen Weise zur Verfügung gestellt werden.

III. Mit der Durchführung dieses Beschlusses wird der Reichsminister der Finanzen beauftragt.

Herabsetzung von Vorgesetzten und Kollegen

Äußerungen in einer auf bessere Gehaltsentlastung gerichteten Besprechung, in denen angedeutet wird, daß die einem Vorgesetzten und Kollegen in oder bald nach dem Kriege wegen ihrer Betätigung im Seeresdienst verliehenen akademischen Grade nicht geeignet seien, den Wert ihrer wissenschaftlichen Leistungen zu beweisen, verstoßen wegen der darin enthaltenen häßlichen Herabsetzung des Vorgesetzten und des Kollegen gegen die Pflicht des Beamten zu achtungswürdigem Verhalten.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Rieger & Matthes Nachf.
INHABER: ALB. NIEGEL & RICHARD BECKER [564]
Kaiserstraße 186 Am Kaiserplatz Fernruf 1788

Tapeten-Spezialhaus
Reiche Auswahl in geschmackvollen Mustern jeder Preislage
Für das vornehme Heim: **Tekko, Velour, Stiltapeten**

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen 672
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsverleichterung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

**Einen Führer durch die
Gesellschaftswissenschaft**

Worms, René: Die Soziologie, Wesen, Inhalt und Beziehung zu anderen Wissenschaften.

Aus dem Französischen übersetzt von Nellie Mombert. Mit einem Nachwort von G. Salomon über die organische Staats- und Gesellschaftslehre. Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun, VIII, 143 Seiten. Preis Leinen M. 4.—.

Leopold von Wiese schreibt u. a. in den „Kölner Vierteljahrsheften für Sozialwissenschaften“: „Klarer und einfacher ist wohl der schwierige Gegenstand kaum jemals von einem Gelehrten dargestellt worden. Selten gewährt ein Buch eine so günstige Möglichkeit, auf knappstem Raume eine Zusammenfassung der herkömmlichen Hauptrichtungen der Soziologie in nuce kennen zu lernen.“

Verlag G. BRAUN in KARLSRUHE.



TRIUMPH

die zuverlässigste und beste
SCHREIBMASCHINE
von Behörden u. Bürgermeistern
bevorzugt. 39.611

Georg Mappes
Karlsruhe
Telephon 2264 Karlsruherstr. 20

**Schlafzimmer - Herrenzimmer
Speisezimmer - Küchen - Diwans
Matratzen und Chaiselongue 691**

nur Qualitätsware, billig und gut bei 5-10% Rabatt nur im
Möbelhaus Seiter, Waldstraße 7
Wir sind dem Ratenkaufabkommen der Beamtenbank angeschlossen